

Bezugspreis: Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 1.50 RM. frei ins Haus, vorausgeschickt Einzelne Nummern 10 Pf. Postbest.: Monatlich 1.50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.- RM., für das übrige Ausland 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM. Postbestellungen nehmen an: Danzmar, Holland, Burenburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zensur-Verordnungen. Erscheint täglich. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Verleger: Emil Morawitz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 18. Februar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Emil Morawitz, Nr. 151 90-151 97.

Ablauf des russischen Waffenstillstands.

Das Ende von Brest-Litowsk.

Von Friedrich Stampfer.

Die Lage, die sich aus der neuesten Entwicklung im Osten ergibt, ist im höchsten Grade widerspruchsvoll und verworren. Die Stellung der Partei kann nur durch freie Aussprache geklärt, sie soll nicht durch den Meinungsdruck eines Einzelnen festgelegt werden. Darum ist der folgende Artikel mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet.

Red. d. „Vorwärts“.

Offen heraus gesagt: es ist schwer, ein treffendes Wort für das zu finden, was der Ostpolitik der Mittelmächte widerfahren ist. Worte sind schwach und ärmlich. War das Politik, so muß man die Politik in Zukunft als die Kunst definieren, das Gegenteil von dem zu erreichen, was man will.

Man hat den Frieden gesucht und hat dafür drei neue Feldzüge gefunden, den litauisch-estländischen, den finnischen und den ukrainischen. Von allen Hoffnungen, die man auf Brest-Litowsk gesetzt hatte, ist nichts, aber auch nichts übrig geblieben als neue Verwicklungen, neue Schwierigkeiten, neue materielle und moralische Belastungen.

Was war der Plan? Frieden mit Rußland, Aufbau eines neuen Mitteleuropas, das Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Polen und die baltischen Länder umfassen sollte, und dann Konzentrierung aller Kräfte auf den westlichen Entscheidungskampf. Was ist daraus geworden?

Mit Rußland stehen wir wieder im Kriegszustand, und der mitteleuropäische Bau ist wie ein Kartenhaus zusammengeklüppelt. Polen hat infolge des Ukrainefriedens eine so energische Abwendung von den Mittelmächten vollzogen, wie sie bei dem gegenwärtigen Zustand seiner Gebundenheit nur denkbar ist. Freiwillig wird Polen nicht mitteleuropäisch werden. Wichtiger aber dieser Hauptfehler zusammen, so hängen die nordöstlichen Traber, Litauen, Kurland, Estland, Livland, frei in der Luft. Von Polen und Nordrußland abgetrennt, werden diese schmalen Küstenländer immer die heißbegehrte Beute des Hinterlandes bleiben, das ohne sie nicht leben kann. Von Deutschland heraus sind diese Länder gegen einen Vertikalstoß vom Innern her kaum zu verteidigen. Es wäre Wahnsinn, sie an Deutschland anzugliedern oder ihnen auch nur den dauernden Schutz des Deutschen Reiches zu versprechen, wenn das polnisch-russische Hinterland feindlich bleibt.

Der Ukrainefrieden sollte das Zustandekommen der mittel-osteuropäischen Pläne sichern, er hat das gerade Gegenteil bewirkt und ihre vollkommene Unhaltbarkeit dargetan. Das ist bisher aber auch sein einziger greifbarer Erfolg. Am 9. Februar schloß die Kiewer Regierung Frieden, ein paar Tage darauf wurde sie aus Kiew verjagt, und jetzt ist sie genötigt zu erklären, daß sie die übernommenen Verpflichtungen aus eigener Kraft nicht zu erfüllen imstande ist. Sie bedarf dazu der Hilfe jener Mächte, die noch vor einer Woche ihre Feinde waren und mit denen sie soeben Frieden geschlossen hat.

Die Regierungen von Petersburg und Schitomir (vordem Kiew) nennen sich beide sozialistisch. Aber gehen wir ruhig zu, daß der Sozialismus mit ihnen beiden nicht viel Ehre einlegen kann. Die eine erklärt den Kriegszustand nach außen für beendet, um sich für den Bürgerkrieg freie Hand zu verschaffen, die andere ruft diejenigen, die bisher ihre Feinde gewesen sind, ins Land, damit sie ihnen gegen die eigenen Landsleute helfen sollen. In Petersburg wie in Schitomir hat das Testament von Karl Marx gleich seltsame Vollstrecker gefunden.

Die Macht der ukrainischen Regierung, die sich auf fremde Bajonette stützen will, hat keine Aussicht auf Bestand. Sie wird nicht nur den internationalen Bolschewismus gegen sich haben, sondern auch das nationale Bürgerturn. Rußland und die Ukraine gehören zusammen, ihre Trennung ist nur eine Augenblickserscheinung, der Krieg zwischen ihnen ist und bleibt ein Bürgerkrieg. Die Partei aber, die in Bürgerkriegen bei fremden Mächten Hilfe suchte, wird schwerlich in der Bevölkerung irgendwelche Sympathie finden, wie sie zur dauernden Begründung ihrer Macht nötig hat.

Jedenfalls ist der Ukrainefrieden, dessen Unterzeichnung jetzt in den Kinos zu sehen ist, weiter nichts als ein Stück Papier, das, wenn es überhaupt gültig werden soll und gültig werden kann, noch einmal unterschrieben werden muß: mit deutscher Hand. Um diesen Frieden zu holen, sind wir zunächst nach Kiew eingeladen — und zugleich kommen die Hilferufe aus allen anderen Ecken und Enden des weitaus ruffischen Reiches. Reval, Dorpat, Selsingfors — wohin zuerst?

Ueber die Bedeutung solcher militärischer Spaziergänge mögen Sachverständige sprechen. Der Politiker wird den

Lahure, Ripont, Sundgau — Fiegerbomben auf London, Dover, Dänkirchen.

Großes Hauptquartier, den 17. Februar 1918. Westlicher Kriegsschauplatz.

Oesterreicher Kronprinz Rupprecht

In Flandern und im Artois vielfach aufsteigender Feuerkampf.

In kleineren Infanteriegefechten bei Cherisy und südlich von Maroquin wurden Gefangene eingebracht.

Kronprinz und Herzog Albrecht

Bei Lahure und Ripont, auf dem östlichen Meuseufer und im Sundgau zeitweilig erhöhte Gefechtsintensität.

Unsere Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dänkirchen sowie feindliche Stützpunkte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Großrussische Front.

Der Waffenstillstand läuft am 18. 2., 12 Uhr mittags ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 17. Februar 1918, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 17. Februar 1918. Amtlich wird veröffentlicht: Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Wunsch hegen, daß jede vermeidbare Zerstückelung der Kräfte vermieden wird. Schon in friedlichen Zeiten hätte die Aufgabe, für ganz Rußland Gendarmen zu stellen, als kaum lösbar gegolten. Heute haben wir außerdem noch an der Westfront gegen die halbe Welt zu kämpfen, sind also hinreichend entschuldigt, wenn wir nicht alle Aufträge, die wir vom Osten erhalten, erledigen können. Daraus folgt, daß weder das gute Herz noch parteipolitische Sympathie oder Antipathie entscheiden dürfen, sondern nur das kühl und ruhig erwogene Interesse des deutschen Volkes.

Das Interesse des deutschen Volkes fordert einen baldigen befriedigenden Abschluß des Krieges in West und Ost. Die Einmischung in die inneren Kämpfe Rußlands führt uns aber nicht dem Frieden entgegen, sondern immer weiter von ihm weg. So wie es jetzt aussieht, kann der Krieg noch sehr lange dauern. Denn alles, worauf wir im Osten unsere Hoffnungen setzen, scheint jetzt ein verpieltetes Spiel und ein ausgetraunter Traum.

Politiker, deren Blick und Weisheit darin besteht, eine alte Bopogonienrede immer wieder zu wiederholen, werden hinter jedem Satz der vorstehenden Ausführungen gesagt haben: Sehr richtig — aber warum bevilligt Ihr dann noch Kriegskredite, warum haltet Ihr mit anderen Parteien noch Verhandlungen, warum geht Ihr nicht zur allerallerersten Opposition über? Und allerdings, siehe sich die sozialdemokratische Fraktion vom bloßen Temperament leiten, sie hätte schon längst den Diebstahlswunsch jener Leute erfüllt, die uns täglich fragen: „Wann endlich?“ Auf diese Frage diene die Antwort: „Erst dann, wenn sich voraussehen läßt, daß aus einer veränderten Haltung der deutschen Sozialdemokratie etwas Nützliches für das deutsche Volk und für den Weltfrieden herauskommt!“

Eine große Partei kann es nicht machen wie die Lante Urke, die auf dem Sofa sitzt und übel nimmt. Sie kann sich nicht in den Schmolzwinkel zurückziehen und leere Kritik treiben ohne Aussicht, dadurch etwas zu bessern. Opposition ohne Aktion ist Unfug und Müßiggang, die oppositionelle Aktion kann aber nur außerparlamentarisch sein. Besteht die Möglichkeit, durch eine außerparlamentarische Aktion den Kurs der auswärtigen Politik nach einer Richtung umzulenken, die den Interessen unseres Volkes besser entspricht als die bisher eingehaltene? Nur wer diese Frage bejaht und das Recht des Reichstags, die Politik entscheidend zu beeinflussen, verneint, kann eine taktische Wendung befürworten, die dann mehr als ein feiger Ausweg ist. Es hilft nichts! Der Versuch, über den Reichstag, d. h. auf dem einzig möglichen Weg Einfluß auf die Politik

der Regierung zu gewinnen, muß wieder aufgenommen werden. Der Mißerfolg der deutschen Außenpolitik ist nicht auf die Rückschläge zurückzuführen, die der Regierung von der Reichstagsmehrheit oder gar von der Sozialdemokratie erteilt worden sind, sondern vielmehr darauf, daß die klare Linie des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli von anderen Strömungen durchkreuzt worden ist. Das „Wie ich es auffasse“ in seinen verschiedenen Umwandlungen und Abwandlungen ist die Ursache des Mißerfolgs.

Die Unterhändler von Brest-Litowsk haben die taktische Freiheit, die ihnen der Beschluß der Reichstagsmehrheit gab, in Wirklichkeit nicht befehlen, sondern sie sind mit allerhand Bindungen in die Verhandlungen hineingegangen. Sie sollten die Abtretung weiter Gebiete des früheren Russenreichs erwirken, um aus ihnen Baumaterial für das künftige Mitteleuropa zu gewinnen. Die Sozialdemokratie hat von vornherein erkannt, daß auf diesem Wege der Frieden nicht zu erreichen ist, und hat davor gewarnt, ihn zu betreten.

Leider war die Reichstagsmehrheit in sich nicht genügend gefestigt und als Ganzes nicht genug klarschauend, um die Regierung von diesem Wege zurückzuhalten. Jetzt aber entsteht für sie und uns alle die Frage, ob sich das Reich noch tiefer in polnische, litauische, kurländische, livländische, estländische, finnische und ukrainische Bindungen verwickeln soll. Die Antwort muß ein klares Nein sein. Als Ziel sei nicht ein gerücktes und amputiertes Rußland, sondern ein großes, gesundes und freies Rußland aufgestellt, mit dem wir in Freundschaft und Frieden leben wollen. Wenn die deutsche Politik positiv zur Erreichung dieses Ziels nichts tun kann, denn die innere Wiederherstellung kann nur Rußlands eigenes Werk sein, so soll sie sich doch von allem enthalten, was Rußland an der Erreichung dieses Zieles hindern kann.

Zugleich sollen uns die Erfahrungen des Ostens eine Lehre für den Westen sein. Auch dort wird mit „Rundbalkenpolitik“ ein gefährliches Spiel mit dem Feuer getrieben. Flandern und Blamen dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Frieden sein!

Es ist nicht die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, Festschlüsse der auswärtigen Politik zu beschönigen und zu entschuldigen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, unter unerbittlichem Festhalten an der Landesverteidigung immer wieder den Weg aufzuzeigen, der allein zum Frieden führen kann. Keine gewaltsamen Annektionen und auch keine gewaltsamen Amputationen! Selbstbestimmungsrecht der Kleinen nach Maßgabe einer unter den Großen getroffenen Vereinbarung. Klare Einsicht, daß weder militärische Ueberwältigung noch diplomatische Ueberlistung, sondern nur ehrliche Verständigung in absehbarer Zeit zum Frieden führen kann, und unbeirrt folgerichtiges Handeln im Sinne dieser Erkenntnis! Für eine solche Politik im Reichstag eine klare und einschlagkräftige Mehrheit zu suchen — das ist die Aufgabe, vor die sich die Sozialdemokratie gestellt sieht. Scheitert dieser Versuch an der Einsichtslosigkeit und der Schwäche der bürgerlichen Parteien, so tragen diese, nicht sie dafür die schwere Verantwortung!

Erklärung des litauischen Nationalrats.

Das litauische Presbureau in Lausanne schreibt: In Anbetracht dessen, daß alle Kriegführenden das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt haben, und daß dieses Thema in den Verhandlungen zu Brest-Litowsk mehrfach besprochen wurde, bleibt noch zu erwägen, durch wen und in welcher Form sich dieser nationale Wille geltend machen darf. In Hinsicht auf das litauische Volk, das an der gerechten Lösung dieser Frage im höchsten Maße Anteil nimmt, da es von dem schärfsten Wunsche nach vollkommener Selbstständigkeit befeuert ist, gibt der litauische Nationalrat, der seinen Sitz in der Schweiz hat, folgende Erklärung ab:

Der Landesrat von Litauen („Taryba“) ist gegenwärtig der höchste rechtmäßige Vertreter des Landes. Er wurde auf dem Landtage zu Wilna (vom 17. bis 22. September 1917) durch die Vertreter aus allen Teilen des Landes gewählt. Er setzt sich aus den hervorragenden Vertretern aller Parteien und aller Stände des litauischen Volkes zusammen und wurde auch von allen Landsleuten im Ausland (in Amerika, in Rußland, im westlichen Europa) auf den Konferenzen zu Stockholm (vom 18. bis 22. Oktober 1917) und zu Bern (vom 1. bis 10. November 1917) als rechtmäßige Vertretung des Landes anerkannt.

Der litauische Nationalrat erklärt seinerseits, daß er den Landesrat (Taryba) als zu Recht bestehende Vertretung des litauischen Volkes anerkennt, der bestimmt ist, den Volkswillen zur Geltung zu bringen, und daß er ihn, diesem Volkswillen entsprechend, in allen seinen Bestrebungen zur Erlangung der Unabhängigkeit Litauens unterstützen wird.

Die französischen Sozialisten und Elsass-Lothringen.

Der schwerwiegende Umstand, daß die französischen Ansprüche auf Elsass-Lothringen das Haupthindernis zu einem allgemeinen Frieden bilden, macht es notwendig, über die Haltung der französischen Sozialisten zu diesen Ansprüchen klar zu sein. Dieser Gegenstand wird auch auf der Londoner Konferenz besprochen werden.

Innerhalb der französischen Partei gibt es in dieser Beziehung drei Strömungen: Die Rechte, unter Leitung Comptore-Morels, ist für eine Annexion ohne Volksabstimmung. Die Mitte, unter Leitung von Renaudel und Thomas, ist für die Annexion mit nachheriger Volksabstimmung, d. h. Frankreich soll vorerst Elsass-Lothringen in Besitz nehmen und nach einiger Zeit die Bevölkerung über ihre Zugehörigkeit abstimmen lassen. Die Linke, unter Leitung von Longuet, Mistral und Presse-mane, ist der Ansicht, daß das Schicksal Elsass-Lothringens gar nicht vom Kriegsausgang, sondern von den Wünschen der Bevölkerung dieser Provinzen abhängig sei, die Volksabstimmung sollte schon jetzt vorgenommen werden.

Am 10. Februar traten die Vertrauensleute des Verbandes der Pariser Sozialisten (Fédération Socialiste de la Seine) zur ersten Sitzung zusammen, um zu dem in den nächsten Tagen stattfindenden Parteitag Stellung zu nehmen. Zwei Fragen beschäftigten die Pariser Sozialisten: Elsass-Lothringen und die nächste Abstimmung der sozialistischen Kammerfraktion über die Kredite. Die Rechte und die Mitte, die als „Mehrheitler“ bekannt, gingen nicht zusammen. Über jede dieser Fragen lagen Entschlüsse vor. Die „Mehrheit“ verlangte: 1. Die Besetzung Elsass-Lothringens durch Frankreich und nachherige Volksabstimmung; 2. fortgesetzte Bewilligung der Kredite. Die „Minderheit“ verlangte: 1. Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, die über das Schicksal dieser Provinzen entscheiden soll; 2. Ablehnung der Kredite. Außerdem lagen noch Entschlüsse von kleineren Gruppen vor. Die Abstimmung war verwirrt, jedoch scheint sie eine Stimmenmehrheit für die „Minderheit“ ergeben zu haben.

Einstimmig wurde ein Tadelvotum gegen die Kammermitglieder Comptore-Morel, Buisson und Diagne angenommen, weil sie sich von Clemenceau zu Regierungskommissaren ernennen ließen.

Am 17. Februar versammelte sich der französische Parteitag (Nationalrat) zu Paris zu einer Sitzung, um der sozialistischen Allparteikonferenz, die am 20. d. M. in London stattfindet, Stellung zu nehmen. Auch hier wird Elsass-Lothringen bestimmt die Hauptfrage sein. Ebenso sollte die Frage, welche Haltung die Fraktion zu den künftigen Kriegskrediten einzunehmen habe, zur Verhandlung kommen. Schließlich sollte der Parteitag darüber zu entscheiden haben, ob Comptore-Morel und seine zwei Kollegen ihre Ämter als Regierungskommissare behalten sollen. Wie „Progres de Lyon“ berichtet, ermächtigte die Kammerfraktion sie dazu, da sie als Regierungskommissare nicht eigentliche Mitglieder der Regierung seien. Doch müsse in Zukunft hierzu die Erlaubnis der Partei eingeholt werden.

Unterhausdebatte über den Versailler Kriegsrat in Sicht.

Nachtritt des englischen Generalstabschefs.

Amsterdam, 17. Februar. Aus London wird offiziell gemeldet: Sir William Robertson, der Chef des Generalstabes, ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist Sir Henry Wilson ernannt worden.

Das Pressebureau teilt dazu mit, daß infolge der Ausgestaltung der Funktionen des befähigten militärischen Vorgesetzten, wie sie der Versailler Kriegsrat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen hat, die besondere Macht, welche bisher der Generalstabschef laut der Order im Council vom 27. Januar 1916 besessen hatte,

eingeschränkt worden ist. Deshalb habe die Regierung es für angemessen erachtet, General William Robertson vor die Wahl zu stellen, militärischer Vertreter im Obersten Kriegsrat in Versailles zu werden oder sein Amt als Generalstabschef unter den neuen Verhältnissen weiter zu bekleiden. General Robertson habe gemeint, aus Gründen, welche er in einer Erklärung auseinandergesetzt hat und welche vom Ministerpräsidenten in der nächsten Woche sobald als möglich im Unterhause bekanntgemacht werden soll, das Anerbieten der Regierung nicht akzeptieren zu können. Die Regierung habe zu ihrem großen Leidwesen sein Entlassungsgesuch bewilligt.

General Sir Henry Wilson hat das Amt des Chefs des Generalstabes angenommen. Die Ernennung des dauernden britischen militärischen Vertreters in Versailles wird innerhalb weniger Tage bekanntgegeben werden.

Wenn das Unterhaus über den Rücktritt Robertsons debattiert, dürfte eine jetzt ruckbar werdende Reuterfälschung eine Rolle in den Auseinandersetzungen spielen. Es handelt sich um die kriegsstreberisch entstellte Wiedergabe einer Äußerung des Grafen Czernin, eine tendenziöse Verdrehung, die eigens für den Versailler Kriegsrat gefertigt sein dürfte.

Laut „Allgemeines Handelsblatt“ weist „Westminster Gazette“ auf den merkwürdigen Unterschied hin, daß Graf Czernin nach dem durch Reuter verbreiteten Text erklärt haben sollte, daß Österreich-Ungarn die Besetzungen seiner Bundesgenossen, auch Belgien, wie die eigenen Besitzungen verteidigen würde, tatsächlich aber gesagt habe: „Den Besitz unserer Bundesgenossen vor vor dem Krieges werden wir verteidigen, wie die eigenen.“ „Westminster Gazette“ bemerkt, diese Textverfälschung sollte offenbar den Eindruck erwecken, daß Czernin eine chauvinistischere Rede hielt, als er wirklich tat. „Daily News“ ist besonders darüber empört, daß keine Verbesserung gegeben wurde. Wir haben ein Recht, nicht nur zu wissen, wie der Fehler gemacht werden konnte, sondern auch, ob der Rat von Versailles den richtigen oder unrichtigen Text vor sich hatte, als er zu dem bemerkenswerten Beschluß kam, daß in Graf Czernins Rede nichts wahr, was eine Antwort oder eine gemeinsame Erklärung von Seiten der Alliierten nötig machte. Die Haltung des Kriegsrats in Versailles ist mit dem authentischen Text von Czernins Rede nicht in Übereinstimmung zu bringen, und das Parlament muß daher um Aufklärung ersuchen.

Die offiziellen Bureaus pflegen solche Leistungen nicht auf eigene Faust zu unternehmen, und in diesem Falle ist es nicht schwer, zu raten, daß die Kriegsratsinteressenten den Reuter-Redakteuren diktiert haben, wie sie fälschen sollten.

Zur wichtigen Unterhausdebatte vom 18. Februar verbreitet W. T. V. jetzt noch bemerkenswerte Ergänzungen. Daran geht hervor, daß der Liberale Herbert Samuel, Minister im Kabinett Asquith, an der gesamten Regierungspolitik sehr scharfe Kritik übte. Darauf antwortete namens der Regierung Bonar Law, daß die Rede Samuel eine Verurteilung nicht nur des gegenwärtigen Systems, sondern der derzeitigen Regierung sei, in diesem Falle habe das Haus die Pflicht, eine Regierung einzusetzen, zu der es Vertrauen habe, bis die Zeit komme, wo man glaube, dies tun zu können, möge man sich der Kritik enthalten.

Adamson (Arbeiterpartei) sagte, er sehe einem Wechsel der Regierung nicht im Wege, falls ein solcher gewünscht werde. Die Friedensbedingungen des Premierministers gingen nicht soweit wie die der Arbeiterpartei. Leider sei aber die deutsche Antwort auf die Kriegszieleklärungen des Arbeitertums Lloyd Georges und Wilsons alles andere als hoffnungsvoll. Der Premierminister habe erklärt, daß die Alliierten in Versailles hinsichtlich der Kriegsziele einmütig gewesen seien. Die Alliierten sollten aber weitergehen und die Friedensmöglichkeiten erweitern, um über die Friedensziele zu einer Verständigung zu gelangen. Der Redner appellierte an die Regierung, die Tür für Verhandlungen offen zu lassen.

Sternhimmel und Restheft.

Der Kalender ist es verlagert, die Schönheit des gestirnten Himmels darzustellen. Umso mehr ist das Wort des Dichters dazu beifügt. So hatte sich ein Vortrag über „Sternhimmel und Restheft“, der dieser Tage in der Treptow-Sternwarte gehalten wurde, zur Hauptaufgabe gesetzt, die Hörer Dichtungen nacherleben zu lassen. Der Vortragende, Robert Henseling, durch sein alljährlich erscheinendes „Sternbüchlein“ weiteren Kreisen bekannt geworden, ließ Gottfried Keller, Rilke, Karl Hauptmann, Hofmannsthal, Nöbberth zu Wort kommen, Goethe, Schiller, Kant, Wilhelm von Humboldt.

Die Nacht ist lichter als der Tag. Tausend Sterne über uns sind tausend Sonnen. Unberührbar, stetig, ewig kreisen sie. Lautlos wandelt drohen Ordnung der Jahrtausende. Ein weiter Spannum der Empfindungen: von der Freude am bloßen Schauen bis zu tiefem Erleben letzter Daseinsdrängel. Raum, Zeit — Unendlichkeit! Einige Weltblicke, in Formen und Wandlungen des All durchschimmernd letzter Sinn und Wille des Weltwesens. Das Herz der Natur ist auch in uns — und umgekehrt! Es hängt von uns ab, welche Sprache die Natur uns redet. Nach dem modernen Axiom kam der Naturmensch zum Wort: Indianer, Innerbrasilien, Mexikaner, Australier, Polynesier, Estonisch, welche Annuit, Verhältlichkeit und Reinheit des Naturempfindens, namentlich aus den Märchen dieser „Wilden“, spricht. Der letzte Teil des Vortrags beschäftigte sich mit den alten Kulturen, mit Sternbildern, ihrer Entstehung, Sternbildsagen.

Eine große Reihe ausgereicher Lichtbilder vermittelte eine Vorstellung von den Augenentwürfen, die der Schauende durch die optischen Hilfsmittel moderner Sternwarten haben kann. Es ist zu begrüssen, daß die Treptow-Sternwarte neben dem rein Erkenntnis-mäßigen, Populärwissenschaftlichen auch das Ästhetische pflegt; es ist für die große Mehrheit der Laien das Gebiet der reinen und fruchtbarsten Erlebens. Der Vortrag fand denn auch aufmerksame und dankbare Hörer.

Das Lihgo-Fest der alten Letten.

Victor Jungfer berichtet in der „Wilnaer Zeitung“: Lihgo war bei den heidnischen Letten der Gott der Freude. Eine Nacht in jedem Jahr wurde ihm zu Ehren bei Schmaus und Tanz festlich begangen. Von weither strömte das Volk zusammen. Jeder brachte Geschenke mit, um seine Freunde zu erfreuen. Wenn der Rollmond am Himmel stand, begann ein feierlicher Opferzug. Kinder bestreuten den Weg mit Blumen. Weiße Stiere, von Priestern geleitet, folgten. Dann kam eine Schar festlich geschmückter Jungfrauen. Lob- und Dankesänge wurden zu Ehren der Götter Perkun und Kotrim angestimmt. Ihnen zu Ehren wurden die Stiere geopfert. Dann zog man weiter, auf die Ebene hinaus wo Lihgos Altar, mit Blumen bekränzt, stand. Nach dem Gebete der Priester versammelte sich das Volk auf der mondhellten Wiese zu Tanz und Schmaus. Priesterinnen besetzten das Volk.

Major Herbert erklärte namens der im Ministerratsrat befindlichen Unterhausmitglieder, sie seien bereit, ihr Leben für Großbritannien und die Alliierten in die Schanze zu schlagen, wollten aber genau zu wissen, wofür sie kämpften. Er spielt auf gewisse Äußerungen der Reichspressen an und betont, für dieartige Ideale vergesse er sein Blut nicht.

White führte aus, die Sache des Friedens würde am besten dadurch gefördert werden, wenn die Entente-Regierungen ausdrücklich erklärten, daß sie die in Wilsons Kongreßbotschaft niedergelegten Grundsätze annehmen und bereit seien, sie auf der Friedenskonferenz durchzuführen. Er wies den Gedanken eines Versuches ab, Österreich von Deutschland zu trennen.

Calfour erwiderte, er sehe nicht ein, warum man nicht versuchen solle, Deutschland und Österreich zu trennen. Niemand werde sich mehr freuen als er, wenn es gelänge, die feindliche Koalition zu sprengen. Die übrigens hauptsächlich mit militärischen Fragen besetzte Versailler Konferenz habe durchaus richtig gehandelt, wenn sie es ablehnte, in den gleichzeitigen Erklärungen Hertlings und Czernins etwas wie eine tatsächliche Annäherung an den Standpunkt der Ententemächte zu erblicken.

Die Mittelmächte hätten deutlich gezeigt, daß sie gar nicht die Absicht hätten, zu einer Verständigung zu gelangen. Der deutsche Erfolg an der Ostfront habe sofort bewiesen, was durchweg der wirkliche deutsche militärische Geist gewesen sei, nämlich Erwerb neuer Gebiete und wirtschaftliche Ausdehnung durch konstanten Einfluß über große Länderstrecken, durch Sicherung der Grenzen und durch Unterstellung dieser oder jener Fremdvölker unter deutsche Kontrolle. Das sei die deutsche Politik drei Jahre hindurch gewesen. Soweit man nach den äußeren Anzeichen und den Erklärungen der verantwortlichen feindlichen Staatsmänner schließen könne, sehe er kein Abgehen auch nur um Haarsbreite von den alten Bestrebungen, einen sogenannten deutschen Frieden zu erlangen. Alle Welt aber wisse, was ein deutscher Frieden sei. Er habe nur eine Bedeutung: Er sei ein Frieden, der jede Nation zum Herrin und Sklaven Deutschlands mache. (Beifall.)

Runciman bemerkte, daß die Regierung, wenn sie die öffentliche Meinung zufriedustellen wolle, durchaus darzustellen möchte, daß sie es mit ihren Friedensformeln aufrichtig meine.

Snowden sagte, die Regierung habe eine riesige Unwissenheit bewiesen sowohl im Kriegsführen wie im Friedensschließen. Das Land sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die erste und dringlichste Pflicht sei, die Regierung aus dem Amt zu jagen.

Die Organisation der roten Armees.

Petersburg, 16. Februar. Der bolschewistische „Pravda“ zufolge stellt die Agitationsabteilung für die Rote Armee besondere Agitationskollegien auf, die sich über ganz Russland verbreiten sollen, um die Organisation der sozialistischen Armee überall zu betreiben und die Massen über ihre Ziele aufzuklären.

Die Zahlung von Unterstützungen an Familien im Felde stehender Soldaten wird einen Monat (in Sibirien zwei Monate) nach Erklärung der Demobilisation eingestellt mit Ausnahme der Familien derjenigen Personen, die in die Rote Armee eintreten.

Das russische Defizit der Alliierten.

Amsterdam, 16. Februar. „Westminster Gazette“ schreibt, daß, wenn der Krieg mit der Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts in Europa ende, die Stellung der Alliierten durch den Ausfall Russlands als Großmacht schwer beeinträchtigt werden würde.

Die Bandenjagd an der Kaukasus-Front.

Konstantinobel, 16. Februar. Das Pressequartier meldet: An der Kaukasusfront verjagen unsere Sicherungsabteilungen trotz der Anstrengungen der Wollers-Banden, mit welchen sie bei jedem Schritt zusammenstoßen, erreichten am 15. Februar die Gegend von Schmebe, 28 Kilometer östlich von Kellik und gelangten an der Mäule in den Det Bass Kebir, 80 Kilometer von Gurala. Die Banden flüchteten aus Erbinschan und Umgegend in der Richtung auf Ramo Katun.

Das künftige deutsche Bildungsideal.

Zu Bürgeraal des Berliner Rathhauses sprach am 16. Februar Prof. Dr. Gramzow (Humboldt-Universität) über das künftige deutsche Bildungsideal. Er entwickelte ein Reformprogramm der Vorschulung für akademisches Studium: vier Jahre Elementarschule, dann erst vier Jahre, die durch Lateinunterricht gekennzeichnet sind, und weitere drei Jahre mit zwei (oder mehr) Fremdsprachen (Englisch neben Latein); schließlich ein Jahr Obergymnasium oder Universitätsvorbereitungskurs. In der Hauptsache hat der Redner kühnes, aber überfülltes zur Erneuerung des höheren Schulwesens, in nicht eben neuen methodisch-dialektischen Auslassungen über den Betrieb der einzelnen Lehrfächer: Gemeinplätze wie „Nicht sogenannte Allgemeinbildung, sondern Individualbildung“, „Mehr reale als formale Bildung“, „non multa sed multum“ (nicht vielerlei, sondern viel); das Ganze „historisch vertieft“ durch Notizen über die Geschichte des (vom Redner totgesagten) humanistischen Gymnasiums, gefolgt mit einem Tropfen banaler Apperzeptionspsychologie und für die anspruchshosen Hörer mit ein paar Anekdoten gewürzt. Die Jugendorganisationen sollen Zwangsvereinigungen von pädagogisch gemüßtem militärischem Charakter werden. Die ganze Erziehung soll vor allem „national“ im dem Sinne sein, daß schon der Jugend das Bewußtsein feindseligen Gegensatzes zu anderen Völkern eingebläht wird. Das wäre natürlich ein pädagogisch und politisch gleich schweres Verbrechen am Volke. Ein solches „Bildungsideal“ lehnen wir ab.

Wer wie Herr Gramzow (und mit ihm die Humboldt-Universität?) als unabänderliches Axiom an den Beginn der Ueberlegung den Satz stellt: Was wir erleben, ist nur die Einleitung eines Zeitalters neuer schwerer Kriege — der kann wohl nicht anders; dem steht das Gramzow'sche Bekenntnis wohl an, daß fichtescher Idealismus für uns nichts mehr sei, für den sind Gewalt und das ewige Weltgegenten, der hat von Litz und Rot dieser Zeit noch keinen Hauch gespürt, der ist unfähig, den großen geschichtlichen Zug von innen her gestaltender Ideen zu begreifen, der bleibt Materialist und „Barbar“.

Kein Wort hörte man vom Weltanschauungsproblem der künftigen deutschen Bildung, kein Wort von geistiger Pflege für die große Masse, für die Erwachsenen, kein Wort zum Problem der Universitätsreform, kein Wort zu den großen Problemen der Volksschule! Ja, Herr Gramzow und verehrte Humboldt-Universität, freie Hochschule! Liegen die Erziehungsbedürfnisse des großen Volkes, das in unglücklichen Zeiten heute die deutsche Zukunft zerreißt, etwa — unterhalb jener Grenze, wo man von Bildung redet? Ach, das Bildungsideal der deutschen Zukunft wird sich auch ohne und gegen Herrn Gramzow und Genossen durchsetzen. rh.

Ueber das Wesen der alten Lihgo-Lieder, die in dieser Nacht gesungen wurden, berichtet J. Merkel im Rahmen einer poetischen Darstellung (Wannem Jomanta, eine lettische Sage, Leipzig 1893):

„Jeh“ ergriffen die Lihgassonen die Hörner und hielten die Weiße der rückkehrenden Jäger an. Die Jünglinge sangen: „Wer sind die holden Gestalten, vom Licht der Jugend umflossen? Sie stehen auf den Hügel der Heimat und lauschen hinaus in die Ferne, dem Winde entgegen: „Bringst du Kunde?“ In ihrer Mitte, wer ist die Hohe mit den Reigen des reisenden Wädhens geschmückt und mit der Würde ehler Matronen? Einen Säugling drückt sie an den vollen Busen, der ihn nährt; einen schon lallenden Wandler führt ihre Rechte!“

Antwortend sangen die Wädhens: „Apta, sie nahen! Sie nahen, in ihrer Mitte Jomanta! Bald sinkt mit ihr jede Gattin in die Arme des Gatten, jede Geliebte an des Geliebten Brust!“

Die Jünglinge sangen: „Er ist besieg, er ist gefallen, der Hüft des Wädhens, der göttliche Wädh! Nicht mehr wird er die Herde erschärfen und ihre zarten Hirtinnen! Nicht mehr wird der Wädhene die harten Stämme erschlagen und unsere Wädhensstöße zerbrechen!“

Die Wädhens sangen: „Läppischer Wädh! Weiß du die Herzen und schredest, erschlagen die tapferen Männer dich. Weil du nicht mehr die Wädhensstöße zerbrichst; Ueberstehen soll jeplisches Horn von schäumendem Weis, wenn wir auf die Tafel der Männer dich tragen.“

„Rügel! Rügel, ihr Wädhens, näher!“ sangen die Jünglinge. „Die Augen der Wädhens funkeln nicht mehr; ihre Zähne drohen nicht mehr, die säugende Kuh zu zerreißen oder ihr hüpfendes Kalb. Wir traufen sie, wir schlagen sie nieder. So kehren wir einst zurück aus der Schlacht, jeder geschmückt mit dem Schwert eines Feindes!“

Langsam erwiderten die Wädhens: — „Ach, keine Schlacht!“

Notizen.

— Im Deutschen Schützenverband der Schwedischen beginnt demnächst ein neuer Abschlußkurs, der für minder- und unbemittelte Schwenkbrüder beiderlei Geschlechts unentgeltlich ist. Meldungen sind möglichst bald zu richten an den Verbandsvorsitzenden Rudolf Diekmann, Berlin-Wilmersdorf, Hildesstr. 102.

— Stefan Zweigs „Jeremias“, eine neue dramatische Dichtung der Kriegszeit, großartig gestaltet in Stimmen und Bildern, qualvoll ringerder heiliger Anklage, in Massen, darin Wohnwäg triumphiert, Verbängnisnot aufdreht, Wädhenswiderstand wächst und sich aufbläht, dieses Werk steht im Programm des Vortragsabends, den Toni Halbe am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Weistertsaal veranstaltet. Die Künstlerin spricht einen Akt der Dichtung, auf die davor ein Vortrag eingehen wird.

— Der schwarze Handschuh“, die fünfaktige lyrische Phantastie Strindbergs, gelangt am Mittwoch in den Kammer-spielen zur Aufführung.

Oesterreich will mit Rußland weiter verhandeln!

Aus Wien wird vom 16. Februar offiziell gemeldet: Infolge der derzeit in Rußland und zwar speziell in Petersburg herrschenden Anarchie und der dadurch bedingten Unsicherheit hat sich der Minister des Aeußeren veranlaßt gesehen, die unter Führung des Generalkonsuls v. Hempel in Petersburg befindliche Kommission zeitweilig abzuberufen. Die Kommission hat heute die deutschen Linien südlich Danaburg überschritten und befindet sich auf der Reise nach Wien. Sobald die Sicherheitsverhältnisse in Petersburg es gestatten, wird sich die Kommission wieder dahin zurückgeben.

Während Deutschland den Kriegszustand zwischen sich und Rußland als wiederhergestellt betrachtet, legt die österreichische Regierung großes Gewicht auf die Feststellung, daß sie die Friedensbedingungen nur wegen der Unklarheit der augenblicklichen Umstände vorübergehend unterbricht, um sie bei gebesserten Verhältnissen wieder wiederzuführen.

Polenproteste scharfster Tonart.

Wien, 17. Februar. Dem Wittern zufolge sind gestern eine Ballversammlung des Polensklubs statt, an der auch mehrere Herrenhausmitglieder teilnahmen. Es wurde eine vom Abgeordneten Daszynski (Soz.) vorgelegte, von der parlamentarischen Kommission im Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung sowie ein Antrag an das polnische Volk, worin gegen die Zurückweisung des Scholmer Landes an die Ukraine protestiert wird, sowie eine gleichlautende Resolution im Herrenhaus ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Kundgebungen sind in scharfstem Ton erfolgt. Ueber das tatsächliche Vorgehen im Abgeordnetenhaus wird der Polenklub Montag berichten. Die Wähler melden weiter, daß zwei polnische Delegierte, die der Minister des Aeußeren, Graf Czernin, zu einer Besprechung einladet, die Einladung abgelehnt.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Peterburg, 16. Februar. Infolge eines Telegramms der „Nouva“ hat am 8. Februar die finnische Weiße Garde in Gards von 5 bis 10 000 Mann Kizilaisk überfallen, die russischen Truppen entzweit und sich in den Besitz der Stadt und des Hafens gesetzt.

Stockholm, 16. Februar. Das Reichsministerium teilt mit: Durch den ersten Offizier des Kanonenschiffes „Thor“, Kapitän Sjöblom, hat gestern abend die Verhandlung mit den russischen Truppen über das Wegführen gefährdeter Einwohner der Mandelinsel auf schwedische Schiffe eingeleitet worden, die befristet fortgeschritten. Herr Porosky ist heute in Signidshamn angekommen.

Stockholm, 16. Februar. Die zweite finnische Expedition, die 2 1/2 Uhr nachts zurückgekehrt ist, führte 800 Passagiere mit. Die roten Gardes hatten diesmal keine Feindseligkeiten gezeigt. Eine dritte Expedition ist wahrscheinlich.

Stockholm, 17. Februar. (Meldung der Svenska Telegrafbyrå). Da ein in Meadborg erscheinendes Blatt gemeldet hatte, der finnische Senat habe ein Anerbieten der schwedischen Regierung, zwischen dem Senat und den Revolutionären zu vermitteln, bestimmt abgelehnt, lenkt „Dagens Nyheter“ die Aufmerksamkeit darauf, daß die schwedische Regierung keinen förmlichen Vorschlag zur Intervention gemacht hat, sondern nur verstehen ließ, daß sie bereit wäre, an einer Verständigung mitzutun.

Bolo und Clemenceaus Kabinettschef.

Interpellation in der französischen Kammer.

Genf, 17. Februar. In der französischen Kammer brachte gestern der Abg. Conkang eine Interpellation ein über die durch die Verhandlungen gegen Bolo enthaltene Verantwortung der Regierung. Es handelt sich um die Beziehungen zum Kabinettschef Clemenceau, Herrn Mandel. Die Verhandlung der Interpellation wurde auf Freitag nächster Woche festgesetzt.

Diese Beziehungen kamen im Verlauf des Prozesses zur Sprache. Das Verhör des Präsidenten und des kommandierenden Generals hatte die erbauliche Tatsache enthüllt, daß der Präfeld regelmäßig bei Bolo dinstete, während er gleichzeitig durch seine Kollegen ihn überreden ließ. In der „Revue“ wird über diesen Teil des Prozesses gesagt: Der Präfeld läßt sich in seiner Verantwortungsfähigkeit stark beeinträchtigt durch die Energie der militärischen Verwaltung, und wenn der Präfeld den Militärbehörden irgendeinen persönlichen Wunsch unterbreiten wollte, so ließ er seine Bitte durch die liebenswürdige Vermittlung Bolos dem General Quiquandon überreichen. Auf eine Anfrage des Verteidigers befragte der General Quiquandon, ob Bolo ihm gelegentlich auch andere politische Persönlichkeiten zuschickte. Der Verteidiger: Gernem Sie sich noch, daß Bolo Ihnen einen Herrn Mandel zuschickte. — Der Zeuge schloß mit der Antwort, aber der Vorsitzende mahnte ihn an seine Pflicht, nichts zu verbergen. — Der Regierungskammisär fragte: Um wen handelt es sich? — Der General: Sie meinen Herrn Georges Mandel, den gegenwärtigen Kabinettschef des Ministerpräsidenten Clemenceau? Das ist richtig! — Der Regierungskommisär klapperte bei dieser Enthüllung sprachlos zusammen.

Der Verteidiger hätte unterdessen den Sachverhalt auf, den der General im übrigen durchaus bestätigte. Der jetzige Kabinettschef Clemenceau, Herr Georges Mandel, beachtet, bei den Neuwahlen nach dem Kriege keine Kandidatur in einem Wahlkreis der Präfektur anzugewinnen, und um sich Freunde in der Gegend zu erwerben, bemüht er seine persönlichen Beziehungen und Vergünstigungen, besonders Befreiungen vom Kriegsdienst für gewisse Persönlichkeiten im Wahlkreis durchzusetzen. Da seine Bemühungen an der gewissenhaften Dienststreue des Generals Quiquandon einem unüberwindlichen Hindernis begegneten, so wandte sich Mandel an Bolo, um mit dem General persönlich bekanntgemacht zu werden. Der Schritt Mandels erfolgte im letzten Decehr, als Clemenceau noch nicht Ministerpräsident war, wohl aber die Voruntersuchung gegen Bolo bereits veröffentlicht wurde. Mandel machte sich damals schon anheißig, dem General bei der Regelung seiner Schwierigkeiten mit der Zivilverwaltung dienlich zu sein.

Mandel ist angeblich der persönliche Schatten Clemenceaus und im französischen Parlament ebenso wie in der Presse nicht gern gesehen. Er ist der Sohn eines reichen Barizer Kaufmanns und trat als blutjunger Mensch von nahezu 20 Jahren in Clemenceaus „Aurore“ ein, wo er die auswärtige Politik mit einem unbeschränkten Wandel an Kenntnissen und Erfahrungen behandelte. Er wurde dann, als Clemenceau im Jahre 1905 zur Regierung gelangte, Staatssekretär des Ministerpräsidenten, und als Clemenceau drei Jahre später gestürzt wurde, brachte Mandel das Kapital zusammen, um ihm ein neues Blatt, den „Somme Libre“, zur Verfügung zu stellen. Clemenceau ist heute

seinen treuen ergebenen Mitarbeiter verpflichtet und hat als Ministerpräsident ihn zu seinem Kabinettschef ernannt.

Mandel, der heute noch nicht 40 Jahre alt ist, ist eine Strobenatur, und sein politischer Ehrgeiz drängt ihn dazu, sich durch die Wahl zum Deputierten eine von Clemenceau unabhängiger Zukunft zu eröffnen. Er veröffentlichte im Anschluß an die Prozeßvorgänge eine lange Erklärung über seine Beziehungen zu Bolo, um zu versichern, daß er Bolo schon längst als Bösewicht durchschaut habe; aber er kann den Empfehlungsbrief, den er von Bolo an den General Quiquandon überbracht hatte, nicht mehr aus der Welt schaffen, ebenso wie die Schadenfreude, die sein Kabinettschef hinterläßt.

Bolo hat inzwischen die Revision seines Prozesses beantragt. Honorer Wähler melden, sein Rechtsanwält habe mehrere Nichtigkeitsgründe angeführt. Unter anderem sei der Zeuge Costella im Beratungszimmer der Richter gesehen worden, und der Gerichtshof habe bei der Beratung nicht alle Akten vor sich gehabt.

Spannung zwischen Orlando und Sonnino.

Genf, 17. Februar. „Journal des Debats“ bespricht die Spannung zwischen Orlando und Sonnino, da letzterer nicht auf Italiens papierne Ansprüche auf die Adria verzichten wolle. Das Blatt hofft jedoch, daß sich eine Krise vermeiden lassen werde.

Aus der tschechoslawischen Sozialdemokratie

Auch die tschechoslawische Sozialdemokratie hat sich dem nationalen Streben nach einem tschechischen Staat nicht entziehen können, das als Rückschlag gegen die bedrückenden Verfolgungen des stierischen Regimes einkläpft. Unter Führung von Madzarek und Habermann wurde gegen die Parteileitung Sturm gelassen. Natürlich unter fernwärtiger Aufsicht des Bürgerturns, aus dessen Reihen der Parteileitung Dr. Smeral sogar der Spitzel geziehen wurde! Er und der alterprobierte Obmann der Fraktion, Genosse Kemer, traten zurück und überließen das Feld ihren Widersachern, die eine Verbindung mit der kleinbürgerlichen nationalsozialistischen Partei anstrebten, welche von der Errichtung des tschechischen Staates in seinen historischen (mittelalterlichen) Grenzen das Ziel der Welt erwartet. Von diesem Standpunkt aus kamen einzelne dieser absonderlichen Sozialisten zu einer scharfen Beurteilung der Parteileitung — weil diese zum Frieden alles entschlossen waren und dadurch angeblich Verrat an der „Nationalen Sache“ übten. Das Zwischenspiel dieser extravaganten Nationalisten im sozialistischen Gewand währte aber nicht allzu lange. Die tschechischen Arbeiter sind dahinter gekommen, daß es bei der militärischen Lage einfach unvernünftig ist, eine Politik zu treiben, die letzten Endes auf die Erworlung eines Unentschiedens geglaubt ist. Auch haben sie den Weg zum Klassenkampfcharakter der Partei zurückgefunden. Eine Versammlung der Bezugs- und Kreisvertrauensmänner hat folgende Richtlinien angenommen:

1. Daß sich die Exekutive und die Vertretung der Partei mit voller Klarheit gegen die mechanische Verschmelzung mit der nationalsozialistischen Partei aussprechen.

2. Daß die Parteimitglieder ihre Spalten in größerem Maße als bisher der Erörterung und Vertiefung des Kollektivismus widmen.

In einer Konferenz der Vertrauensmänner Groß-Prags wurde der Dank allen Genossen (also besonders Smeral und Kemer) ausgesprochen, die in der Zeit der despotischen Verfolgung an der Spitze der Partei standen, sie verteidigten und für die Zukunft der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft, soweit es in ihrer Kraft war, alles erfuhren, was zur Führung ihres weiteren Kampfes gegen die Kapitalistenklasse und für den Kampf um die Selbstständigkeit der tschechischen Nation im Sinne der demokratischen Ideen notwendig ist.

In einer gegen zwei Stimmen angenommenen Entschließung wurde es behauptet, daß es dem Abgeordneten Smeral unmöglich gemacht wurde, sich aktiv an der Politik zu beteiligen. Die Konferenz verlangt, daß die Partei sich gegen Smeral wende, und erklärt, daß sie überzeugt zu sein von den ehrlichen Absichten, mit denen Smeral die Sache der Partei in den Zeiten der grimmigsten Verfolgung vertretet, und erweist ihm in der Bewegung nicht passiv zu bleiben, sondern an der Bewegung mit aller Kraft wie früher teilzunehmen.

Aus dieser schmerzlichen Schlappe hat Habermann bereits die Folgen gezogen: er hat als Obmann der Fraktion demissioniert.

Nachdem einmal dem Nationalismus Einhalt getan worden ist, der bei den Tschechen wie bei jeder unterdrückten Nation sehr stark ist, darf wohl der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen werden, daß sich die tschechoslawische Partei den Zentralisten nähert, die eine gewisse organisatorische Verbindung aller österreichischen Gewerkschaften zur Führung von Arbeitskämpfen für notwendig halten. Um dieser Frage willen ist es zwischen ihnen und der deutschen Sozialdemokratie einerseits und der tschechoslawischen Partei, die eigene, nationale Gewerkschaften zur Stützung der politischen Bewegung brauchte, zur Spaltung gekommen. Es wäre ein wahres Glück, wenn jetzt ein Mittelweg gefunden und wenigstens eine fühlbare Annäherung des österreichischen Proletariats erreicht würde.

Kleine Kriegsnachrichten.

Russische Grenzsperrung für Briefe und Zeitungen. Stockholm, 17. Februar. Im Zusammenhang mit den militärischen Vorbereitungen der russischen Roten Armee ist die russische Grenze für die Beförderung der Briefe und Zeitungen nach Schweden gesperrt. Die russische Regierung hat diese Maßnahme gleich nach dem Abbruch der Verhandlungen in Breslau Litawsk angeordnet.

Der Prozeß gegen Oberst Krasnow, den militärischen Berichtssteller der „Morning Post“, hat gestern begonnen.

Reisestrategie in England. Der englische Nahrungsmittelkontrollleur behält die zwangsweise Durchführung der Fleischrationierung nach einem Entwurf, der für London und die umgebenden Grafschaften am 25. Februar, für ganz Großbritannien allgemein am 28. März in Kraft tritt.

44 neue Reichstagsitze.

Proporz in den Großstädten und Industriegebieten.

Aus dem Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen, der am 16. Februar die Zustimmung des Bundesrats gefunden hat und nunmehr dem Reichstoge zugeht, teilt W. L. B. folgende Bestimmungen mit:

Die Zahl der Mitglieder des Reichstags wird auf 441 erhöht. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, München und Dresden sowie das hampurgerische Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis. Außerdem werden Proporz-Wahlkreise gebildet für Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Duisburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart. Ferner gilt das Verhältniswahlverfahren für die Wahlkreise Niederbarnim, Teltow, Spandau, Hinderburg, Kiel, Neudamm, Wochum, Dortmund, Rünberg, Chemnitz, Rammheim und Bremen. Berlin wählt 10, Teltow 7,

Hamburg 8, Wochum und Leipzig je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, Rünberg und Dresden je 3 Abgeordnete, die übrigen genannten je 2.

Die Wahlvorschläge müssen mindestens von 25 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen höchstens 2 Namen mehr enthalten als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind. Eine sehr wichtige Bestimmung geht dahin, daß mehrere Wahlvorschläge miteinander verbunden werden können. Verbundene Wahlvorschläge dürfen nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Sie gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Die Abgeordnetenliste werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ermittelten Stimmen verteilt. Hierzu werden die Stimmengahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den dabei sich ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgespart, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält soviel sozial Abgeordnetenliste, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Verbundene Wahlvorschläge werden mit der Gesamtzahl der ermittelten Stimmen als ein Wahlvorschlag in Rechnung gestellt. Die ihnen zukommenden Sitze werden auf die einzelnen Wahlvorschläge verteilt, wie eben beschrieben.

Groß-Berlin wird also nach diesem Wahlrecht statt bisher 8 im ganzen 20 Abgeordnete in drei verschiedenen Proporzkreisen zu wählen haben. Wichtig ist die Einführung der sogenannten „verbundenen Wahlvorschläge“, sie ermöglicht es, daß Restbeträge zweier Parteien zusammengerechnet werden. Der Abbruch von Wahlbündnissen verliert für die Großstädte damit stark an Bedeutung, kann aber doch auch über die Besetzung einzelner Mandate entscheiden. Man kann den Grundgedanken der Verhältniswahl für die Großstädte abgelehnt in der Überzeugung, daß der Proporz, wenn er sich erst einmal hier bewährt hat, seinen Siegeszug über das ganze Reich antreten wird.

Aussprache über die Presse der Waffenindustrie.

Die Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen verhandelt am 15. und 16. Februar 1918 im Reichstagsgebäude, worüber amtlich u. a. berichtet wird: Sedann wurde auf eine Reihe von Fragen eingegangen, die der Abg. Rodz in Anknüpfung an die bisherigen Verhandlungen der Kommission gestellt hatte. Diese betrafen vor allem die Beschaffung von Pulver, das für Kanonen gezahlten Preise, die Nachprüfung der Selbstkosten der Rüstungsfirmen und Beschaffungen im Bereiche der Preisverhandlungen von Bayern, Sachsen und Württemberg. Der Abg. Knobloch berichtete über die Prüfung der Verträge, betreffend Pferdeankauf, der Abg. Zimmermann über die Prüfung der Verträge auf dem Gebiete des Luftschiffwesens. In der Hand eines Berichtes des Abg. Rodz wurde endlich eingehend über Waffenbeschaffung verhandelt. Es gaben hierbei vor allem die oben genannten Firmen gezahlten Preise zu lebhafter Aussprache Anlaß.

Neuföllnisches vom Rhein.

Ein interessantes Gegenstück zu den Neuföllner Enthüllungen veröffentlicht „Der deutsche Oblet und Gemüschändler“. Es handelt von der Lebensmittel-Einkaufsstelle der Rostocker Rheinstraße in Riebelshausen und ist an eine Firma des Wiesbadener Bezugs gerichtet. Diese Einkaufsstelle ist von der Behörde eingerichtet zu dem Zwecke, die neuföllnischen Städte am Rhein, wie Elberfeld, Katesheim usw. mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Sie bestammt die Nahrungsmittel von dem rhein-mainischen Verbände. Diese Einkaufsstelle bietet nun u. a. Waren zu folgenden Preisen an: 300 Zentner Weizen 4,40 p. Pfd., 100 Zentner gelbe Erbsen 3,10 p. Pfd., 25 Zentner weiße Bohnen 3,25 p. Pfd., 400 Zentner dicke Bohnen 3,45 p. Pfd., 60 Zentner Gruppen 2,65 p. Pfd., 200 Zentner Dreifach-Marmelade 1,95 p. Pfd., 21 Zentner la. weiße Reisstärke 30,00 p. Pfd., 5 Zentner Kartoffelmehl 19,00 p. Pfd., 4000 Stück Zuckerstücke 3,75—4,75 p. Stück, 1400 Stück Kernseife 5,75 p. Stück, 3 Zentner Schokolade 26,00 p. Pfd., 60 000 Dosen Leberwurst in 1-Pfundboxen, garant. gute Ware 3,75 p. Dose, 60 Liter feines Speisöl 32,50 p. Liter.

Dazu bemerkt das genannte Heft: „Eigentlich ist ja jeder Kommentar zu diesen Preisen überflüssig. Es mag aber wenigstens darauf hingewiesen werden, daß der Höchstpreis für 1 Pfund Erbsen gegenwärtig 45 Pf. beträgt; für weiße Bohnen 45—50 Pf.; für Gruppen 40 Pf.; für Schokolade etwas über 4 M. Speisöl wurde in letzter Zeit zu 6,30 M. für das Liter abgegeben.“

Letzte Nachrichten.

Die Gegenrevolution von Süden. — Megejew gegen Moskwa.

Stockholm, 17. Februar. (Meldung der Petersb. Tel.-Agent.) Die Untersuchungen des Generals Siegejew sind im Gebiete von Taganrog vorwärts. Heftige Zusammenstöße haben zwischen der roten Garde und dem Gegner stattgefunden. An drei Punkten kam es zu militärischen Operationen. General Erdelo kämpft bei Moskwa, General Megejew bei Woroneß. In den erbitterten Kämpfen bei Woroneß wurden die Sowjettruppen von allen Seiten umzingelt. Megejew hat einen strategischen Plan ausgearbeitet, um die revolutionären Truppen einzuschließen. Im Falle des Erfolges soll dann Megejew über Woroneß und Charkow hinaus nach Moskwa und Petersburg vorrücken.

Petersburg, 16. Februar. „Sowjetska“ erklärt in einem Artikel, General Megejew habe den Kampf nicht nur gegen die Bolschewisten an sich, sondern im Namen der Wiederherstellung der Monarchie aufgenommen. Die Nachricht der Einnahme von Woroneß durch die Truppen Megejews wird bestritten; es heißt, die Kämpfe fanden 300 Werst südlich bei Konejuslaja statt.

Petersburg, 16. Februar. (Meldung der P. T. A.) Nach einer Schlacht zwischen Katsen und der roten Garde einerseits und zaristischen Truppen andererseits wurde die Hauptstadt der Arm. Sinsrowol genommen. Die Kathedrale ist beschädigt. Die Truppen befinden sich auf der Flucht. Die Truppen, Arbeiter und Partisanen bekämpfen die Autorität der Sowjets an. Die Nachricht der ausländischen Presse, im Kaukasus und in der Arm. herrsche die Pest, ist vollkommen erfunden.

Wieder eine Verschwörung gegen Lenin.

Petersburg, 16. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Es wurde eine Offiziersverschwörung aufgedeckt, welche den Zweck hatte, Lenin auszuheben, um ihn als Geisels zu gebrauchen. In der Schaffung der Organisation wurden Armeekommandanten und geladene Handgranaten gefunden.

Der Fliegerangriff auf London.

London, 17. Februar. (Amtlich.) Feindliche Flieger überflogen die Küste von Kent in der Höhe der Themse-Mündung gestern Abend kurz vor 10 Uhr und gingen gegen London vor. Bisher ist, wie berichtet wird, erst eine Bombe in London abgeworfen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Jahresbericht der Zimmerer Berlins.

In dem Bericht für das Jahr 1917, den die Jahressitzung Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer der am Donnerstag abgehaltenen Jahreshauptversammlung unterbreitete, wird unter anderem gesagt: Obgleich die eigentliche Bauwirtschaft vollständig brach liegt, war die Arbeitsgelegenheit eine sehr gute. Die Nachfrage nach Zimmerern war das ganze Jahr hindurch außerordentlich lebhaft. Arbeitslos gab es nur in beschränkter Anzahl. Von den im Arbeitsnachweis gemeldeten freien Stellen konnten im Durchschnitt nur zwei Drittel besetzt werden. — Die vorzeitige Konjunktur im Gewerbe und die damit verbundene bessere Verdienstmöglichkeit wurde durch die allgemeinen Verhältnisse wieder zu nichte gemacht. Die im Zimmerergewerbe tätigen Arbeiter sind durch die vom Kriege geschaffenen Zustände besonders hart betroffen. Obgleich sie fast ausschließlich mit den schwersten und gefährlichsten Arbeiten für den Kriegsbetrieb beschäftigt sind, befinden sie sich gegenüber anderen Arbeitergruppen in der Kriegsindustrie hinsichtlich der Entlohnung sowohl wie hinsichtlich der Entlohnung erheblich im Nachteil. Dazu kommt der enorme Verschleiß an Kleidung und Schuhwerk bei der Arbeit, deren Beschaffung und Ergänzung während der Kriegszeit außerordentlich hohe Geldausgaben verursacht, sowie die ständig höher werdenden Ausgaben für das selbst zu liefernde Werkzeug.

In April beantragte der Verband beim Kriegsernährungsamt, die Zimmerer als Schwerarbeiter anzuerkennen und ihnen dementsprechend die Lebensmittelrationen zu bewilligen. Das Kriegsernährungsamt hat den Antrag abgelehnt mit der Begründung, die aufgestellte Liste der als Schwerarbeiter anzuerkennenden Arbeitergruppen sei maßgebend und könne nicht zugunsten einzelner Berufsgruppen erweitert werden.

Um mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise die Löhne zu verbessern, haben mehrere Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden. Da ein Uebereinkommen mit dem Verband der Bauwirtschaft nicht zu erreichen war, versuchte die Verbandsleitung der Zimmerer durch Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgebern zum Ziele zu kommen. Wo dies nicht möglich war, haben die Zimmerer versucht, durch solidarische Selbsthilfe Lohnrückstellungen zu erlangen. Die Lohnrückstellungen wurden in verschiedenen Formen gewährt. Die Durchführung der Bewegungen vollzog sich nicht immer glatt. In einzelnen Fällen kam es zum Streik, in anderen Fällen wurde die Angelegenheit auf Grund des Hilfsdienstgesetzes mit Erfolg vor den Kriegsaussschuß gebracht. Obgleich die Erfolge der Lohnbewegungen nicht statistisch festgestellt wurden, sind sie doch unverkennbar und dürfen nicht unterschätzt werden. Während zu Anfang des Berichtsjahres die Lohnsätze der Berliner Zimmerer pro Stunde 1.10 bis 1.40 M. betragen, bildeten sie Ende des Jahres Stundenlöhne von 1.70 bis 2.— M. die Regel.

Hinsichtlich der Mitgliedsbewegung hat die Organisation im Jahre 1917 verhältnismäßig gut abgeschlossen. Im Schluss des zweiten Quartals 1914 hatte die Zahl der Mitglieder 2330 betragen. Bis zum Schluss des Jahres 1914 sank die Mitgliederzahl auf 1648, am Schluss des Jahres 1915 auf 1810 und am Schluss des dritten Quartals 1916 auf 1168. Dann lag die Mitgliederzahl auf 1188 am Schluss des Jahres 1916 und auf 1848 am Jahresabschluss 1917. Gegenüber dem niedrigsten Stand bedeutet das eine Zunahme von 178 Mitgliedern. Seit dem Beginn des Krieges beträgt die tatsächliche Mitgliederzahl 874 gleich 42 Proz. Bis Ende 1917 waren 1578 Mitglieder gleich 83 Proz. zum Militär eingezogen. Davon sind 109 gleich 7 Proz. gefallen oder an ihren Wunden gestorben.

Die finanzielle Lage der Organisation kann in Betracht der allgemeinen Verhältnisse ebenfalls als zufriedenstellend bezeichnet werden. Gegenüber dem Jahre 1914 hat das Vermögen der Zahlstelle um 28 250 M. zugenommen. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahre 51 818,85 M., die Gesamtausgabe 20 037,83 M., die Mehreinnahme also 10 880,97 M. Von den Ausgaben entfielen 22 888 M. auf die Zentralstelle und 19 867 M. auf Unterabteilungen, und zwar auf Arbeitslosenunterstützung 18 500 M., Streikunterstützung 168,60 M., Reiseunterstützung 1 500 M., Rechtschutz 246,61 M., Entschädigung für verbranntes Werkzeug 508,50 M., Reiseunterstützung 894,50 M., Unterst. der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien 18 584 M. Vom Beginn des Krieges bis Ende 1917 wurden die Kriegsteilnehmer und ihre Familien insgesamt mit 71 792 M. unterstützt.

Die Versammlung hatte an der Tätigkeit des Jahressitzungsverbandes nichts auszuweisen. Die bisherigen Mitglieder derselben blieben im Amt, nur einige erforderlich gewordenen Ersatzwahlen wurden vorgenommen.

Berichtszeitung.

Drei Monate Gefängnis wegen zu langsamem Arbeiten.

Zwei Arbeiter der Luftverkehrsbehörde in Johannisthal standen vor dem außerordentlichen Kriegsgericht unter der Anklage, sich gegen die am 1. Februar 1918 erlassene Verordnung des Oberkommandos bezogen zu haben, welche die Niederlegung sowie die abschließende Verabredung der Arbeit in den unter militärischer Leitung stehenden Betrieben mit Strafe bedroht. Nach dem Ergebnis ihres Kolonnenführers haben die Angeklagten am 4. und 5. Februar in der Arbeit weniger geleistet, als sie hätten leisten können und fertig

her geleistet haben. Auf Vorhalt des Kolonnenführers sagten die Angeklagten, für den Lohn, den sie bekämen, könnten sie nicht mehr machen. — Hierdurch hielt das Gericht für erwiesen, daß die Angeklagten am 4. und 5. Februar nicht das Arbeitspensum geleistet haben, das sie nach Abgabe ihrer körperlichen Kräfte hätten leisten können, daß sie also mit Rücksicht auf die Arbeit verzögert haben. Als Rücksicht darauf, daß durch solches Verhalten die Kriegsindustrie schwer geschädigt werden könnte, erkannte das Gericht auf die vom Anklagebetreuer beantragte Strafe von je drei Monaten Gefängnis.

Groß-Berlin

Hochbahnfahrt.

Der Wagen wird von Haltestelle zu Haltestelle voller. Als wir so voll gedrückt waren, wie es ohne Stützenbrücke möglich ist, quetschten sich noch ein Dutzend Leute hinein. — Wir sind doch keine Heringe; was nicht geht, geht nicht, röhnte ein angejarter Herr. Wenn wo Heringe wären, wären wo längst beschlachtet, wurde ihm erwidert. Reden Sie sich andauernd von Heringe; da laßt einen ja der Boss aus'n Mund! protestierte ein Arbeiter. Hilfe, Sie drücken mir den Wagen ein! schrie jemand. Zu was brauchen Sie'n Wagen? kriegte er zu hören. — Mir selber ging es mittelmäßig bitter-süßlich. Keine noch gut erhaltene Figur war gänzlich aus dem Lot geraten; meine Hätze berührten zwar noch mit den Spitzen den Boden; mit meiner Schulter aber ruhte ich an der Brust meines zweitnächsten Nachbarn. Dieser Nachbar war eine ziemlich gut gepöfelte Jungfrau; indes reagierte sie auf meinen ungewollten Annäherungsversuch in keiner Weise; denn notgedrungen hatte sie nur Blicke für eine alte Frau, mit der sie eng aneinandergepreßt Rosenzweige auf Rosenzweige gedrückt ausharren mußte. — Wir müssen raus, wir müssen aufsteigen! ließen sich erregte Stimmen im Hintergrunde vernehmen. Bitte! sagte verbindlich der Bordermann. Aber wir können doch nicht! — Denn drücken Sie man, drücken Sie, was Sie können — oder denken Sie, ich wär' Ihnen rüberheben? Alles Drängen, Drücken und Schimpfen half nichts, die Leute mußten weiter mit. Was aus ihnen geworden ist, weiß ich nicht, denn mich umfing bald eine erquickende Lähmung. Als es an der vorletzten Haltestelle guten Menschen gelang, mich ins Bewußtsein zurückzurufen, fehlten mir vier Knöpfe, ein Hut, ein Regenschirm und ein kaltes großes Stück im Ueberzieher, das mir ein leidenschaftlicher Raucher weggebrannt hatte.

Mangel an festem Entschluß.

Der lange Jahre das schwierige Feld der Organisation bearbeitet, Kleinarbeit in den verschiedensten Arten geleistet hat, kennt nur zu gut jene Mitmenschen, denen es immer an festem Entschluß mangelt. Es sind die Bankrotmänner, die Unzuverlässigen, die sich nie zu einer entscheidenden Tat bekennen. Fragt man sie, ob sie ihren Beitritt zur Organisation vollständig wollen, so antworten sie in der Regel, sie wollen es sich noch einmal überlegen! Der Organisator und Agitator in der Arbeiterbewegung erlebt in seiner Mission nur zu oft die größten Enttäuschungen. So manche öffentliche Versammlung, in der er zu seinen unorganisierten Berufsgenossen gesprochen, hat seine klare, das vitale Interesse der Verammelten beherrschenden Ausführungen mit Verfall quittiert, der agitatorische Erfolg seiner Rede aber fand in keinem Vergleich mit dieser Zustimmungsumgebung. Die Momente, in denen der Redner in populärer Weise ihre wirtschaftlichen Leiden und Äußerungen beleuchtete und ihnen den Weg zeigte, wie sie sich durch den Beitritt zu ihrer Berufsorganisation den Weg bahnen könnten, mit dem eigenen Schicksal zu ringen, entfielen zwar die Herzen der Verammelten, damit hatte es bei den meisten unter ihnen aber auch sein Bewenden. Den nächsten Schritt zur Tat, zum Anschluß an die Organisation, fanden sie nicht.

Reider besteht die übergroße Zahl der heute der Organisation noch fernstehenden aus solchen energielosen und tatenlosen Mitmenschen, die nie auf sich selbst, sondern meist auf die Äbrigen hoffen. Sie scheitern der Wurzel, aus der ein ihr eigenes Leben bestimmender Entschluß hervorzunehmen kann, zu erlangen. Ihr Wesen ist ohne Saft und eigene Beweiskraft.

Jenen, die den Ernst der Zeiten nie erkennen, sich nie berufen fühlen, das Schicksal der Menschheit durch ihre eigene Tat mit zu bestimmen, hat Johann Gottlieb Fichte vor über hundert Jahren in seiner viergeinten Rede an die deutsche Nation mit bergerückender Deutlichkeit den Spiegel ihres falschen Tuns vor Augen gehalten. Worte wie die damals aus so berufenem Munde gesprochenen, haben sich lebendig erhalten auch für unsere Zeit. Jenen, die den Weg zur Organisation nicht finden, oder vorgeben, noch ein bißchen zu warten, ehe sie beitreten wollen, würde Fichte sagen:

„Hofft ihn auf der Stelle, diesen Entschluß. Saget nicht, laßt uns ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Befreiung von selber komme.“

Sie wird niemals von selbst kommen. Wer, nachdem er einmal das Bessere veräußert hat, das noch bequemer gewesen wäre zur Bestimmung, selbst heute noch nicht wachen kann, der wird es morgen noch weniger können. Jeder Versuch macht uns nur noch träger und wiegt uns nur noch tiefer ein in die freundliche Gewöhnung an unseren elenden Zustand. . . .

Nach weniger als die Zeit, in der Fichte seine Reden hielt, erträgt die so mannde Zeit jenen zögernden und elenden Zustand der Menschheit. Gerade die Zukunft verlangt unerbitlich, daß jeder feste Entschlüsse lasse. Ein Glied im großen Ganzen muß jedem doch ein solches Bewußtsein erfüllen, als ob es auf ihm allein anläge. Nur so entsteht jene unüberwindliche Kraft, die es der Arbeiterklasse erlaubt, guten Mutes in die Zukunft zu schauen.

Verderb von Lebensmitteln

Ist in dieser Zeit der Lebensmittelknappheit doppelt und dreifach zu bedauern. Verächtliches Aufsehen erregte es am Donnerstag in der Berliner Zentralmarkthalle, daß aus einer mit der Eisenbahn angekommenen großen Sendung von Kohlen und Kohlenröhren erhebliche Mengen als verdorben ausgeklammert werden mußten. Viele Kohlenröhren waren erstorben und danach in Asche übergegangen, so daß sie sich in eine breite Masse verwandelt hatten, die man auf den ersten Blick als gänzlich ungenießbar erkannte. Bei dem Kohlen liegen sich die äußerlich sichtbaren Mängel durch Abschälen der Dickschicht beseitigen, schneidet man aber den nun wieder ganz appetitlich aussehenden Kohlenkopf durch, so ergab sich nur zu oft, daß er innen vollständig verfault war. Die zur menschlichen Nahrung nicht mehr geeigneten Waren wurden herausgeschleudert und lagen am Vormittag auf den Bahnhöfen der Markthalle in Haufen umher, die einen bösen Gestank verbreiteten. Nach den Schätzungen lauchendürrer Personen, die wir befragten, soll bei dieser einen Sendung die gesamte Menge des Verdorbenen sich auf 7—800 Zentner belaufen. An zuständiger Stelle sagte man uns, sie sei auf 150 000—200 000 Zentner zu schätzen, bei einer Gesamtmenge von 12 000 Zentnern. In manchen Eisenbahnwagen war die ganze Ladung unverleert, bei anderen war ein Teil des Inhalts verdorben, in einigen Fällen bis zu einem Viertel oder einem Drittel ihres Inhalts. Daß ein so beträchtlicher Teil der Waren verderben konnte, wird aus dem jetzigen Schwierigkeiten der Güterbeförderung erklärt und aus der Notwendigkeit, zur Vermeidung von Verlusten auch entferntere Kondesteile heranzuziehen. Die Sendung mußte ungewöhnlich lange unterwegs sein, zum Teil wurde sie noch in der Zeit des Frostes verladen, und manche Kohlenröhren waren wohl schon erstorben, ehe sie recht aus der Mine heraus war. Als dann der Witterungsumschlag kam und Erwärmung brachte, keilte sich bald die Asche ein. Der Schaden soll, wie man uns versichert, nicht der Stadt Berlin zur Last fallen. Das mag ein Trost für den Magistrat sein, aber der Verlust von 800 Zentnern Kohlen und Kohlenröhren ist deshalb nicht weniger zu beklagen.

Friedrichshöhe, Jüdenquartier. Der Gemeindevorstand gibt bekannt: Nach einer Verfügung der Zuerbertheilungsstelle des Reiches soll folgende Reuegelung für die Ausgabe der Zuerbertheilung an Kinder erfolgen: 1. Kinder, bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres erhalten eine Zuschlagmenge von 750 Gramm. 2. Kinder, bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres eine Zuschlagmenge von 500 Gramm. 3. Kinder, vom begonnenen dritten bis zum vollendeten 7. Lebensjahre eine Zuschlagmenge von 250 Gramm. Alle im Umfange befindlichen Zuschlagarten behalten unangetastet ihre Gültigkeit. Die im ersten Jahre lebenden Kinder erhalten ergänzungsweise 2 weitere Zuschlagarten. Kinder bis zum vollendeten 2. Jahre erhalten eine Zuschlagart. Da bisher nur für die Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres eine Zuschlagart ausbezahlt wurde, so erhalten nunmehr nach den neuen Bestimmungen auch die Kinder vom 6. bis zum vollendeten 7. Lebensjahre eine Zuschlagart. Die Ausgabe erfolgt gegen Vorlegung der Haushaltungskarte in unserm Einwohner-Registramt am Montag, den 19. Februar, von 5—8 Uhr für die Buchstaben A—G, am Dienstag, den 20. Februar, von 5—8 Uhr für die Buchstaben H—Z.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ohne Vorlegung der Haushaltungskarte keine Karten verabfolgt werden können. Die Anmeldung bei dem Kleinhandlender hat umgehend zu erfolgen, da die Verkaufsstellen des Lebensmittelzeichens sowie die Anmeldebüchlein der Neuanmeldeten bis Donnerstag, den 21. Februar 1918, im Einwohner-Registramt abzuliefern müssen. Die Zuerbertheilung erfolgt mit Wirkung vom 1. Februar 1918 ab. Nachträgliche Anmeldungen können keine Berücksichtigung mehr finden.

Wetterbericht bis Dienstag mittags. Vorwiegend heiter und trocken, mittags Temperaturen in der Höhe des Gefrierpunktes; in der Nacht zu Dienstag wieder ziemlich strenger Frost.

Verantwortlich für Vollst.: Erich Ruttner, Berlin; für den überaus Teil des Blattes: Ulrich Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3

Admiralspalast
7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abakadabra.

Große Berliner Lotterie
für das Säuglingsheim.
Ziehung am 27. März 1918.
Gesamt- u. Höchstbetrag
der mit 90% garantierten
Gewinne

Spezialarzt
Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden,
Blutuntergesch. Schnelle, sichere,
schmerzlos. Heilung ohne Borzula-
störung. Teilzahlung. 253/12.
Sprechstunden: 11—1 u. 6—8.

50000
30000
20000
10000

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. Haut, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Borzula-
störung. Geschlechtskrankheit,
geschw. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
Schwäche, Sprüchtheit, Reichen-
Horn- und Blutuntergesch.
Königsstr. 34/35. Sprechst.
10—11 u. 6—8, Sonnt. 10—1.

Emil Haase & Co.
Berlin, Bredowstraße 9
sind in unseren Läden:
Potsdamer Str. 23a, Köpen-
straße 57, Wallstraße 1,
Rosenthaler Straße 71,
Müllerstr. 35

Hautjucken
(Krätze) wirksames
Spezialmittel
5 M. Dopp. Portwein (2 Port.) 10 M.
Apoth. Lauensteiners V. A. Spremberg L. 44

Spezial-Arzt i. Geschlechtskrankheiten, Harn-
leiden, Schwäche, Ehrlich-Ha-
Krankh., Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute:
K. u. d. Lützowstr., Sprechstunden
12—2, 4/5—10 Uhr abends.
Sonntags 11—1 Uhr.
is S. starke Broschüre 50 Pl., nach
außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert

Das fettlose Wasch- und Reinigungsmittel
Kollodor
ist vom Kriegsernährungsamt zum Kleinhandelspreis von
1 M. für das Kilo endgültig genehmigt. Probeflässer
50 Kilo 50 M.
E. de Haen Chemische Fabrik „List“ G. m. b. H.
Abt. Waschmittel, Hamburg 36.
Alle Anfragen für die Provinz Brandenburg an die
Sanitor-Desinfektions-Gesellschaft m. h. H.
Berlin S. 42, Ritterstr. 26/27.
Fernsp. Mpl. 2202, 2208. Drahtanschrift: Gosantei Berlin.

Erd- und Bauarbeiter
„Union“ Baugesellschaft auf Aktien.
Baubureau Kabelwerk Vogel,
Cöpenick, Friedrichshagenener Straße.

Lombard-Haus
H. Graß, Leipzigerstr. 75 11
Voll normale Beleuchtung
Diskretion, Ko-
sultation Gelegen-
heitsk., Uhren,
 Brillanten,
 Schmuckarbeiten
19—50%, untl. Ladendr.

Gegen unteimes Blut
zum Ausschleusen aller Schärpen
aus den Adern gibt es nichts
Besseres als Hopfen der Saenen-
heilmittel Renovation-Pflanz-
ensa bei bei Ausschlagen Ge-
schlechtsleiden, roter Haut, Nerven,
Blutandrang und Verstopfung.
Dose M. 4.50 nur von Apoth.
Lauensteiners Vorstand, Spremberg L. 44.

Zähne m. echl. Friedenskautschuk 3,50 M.
3 Jahre Garantie. Zahngelassen m. Verbindung
bei Benutzung d. Gebisses gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez.
Röhre ohne Zahnpraxis **Hatvani**, Danziger Straße 1
Gammpl.

Spezial-Arzt
Dr. med. Haasch,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadthof.
Behandl. von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Nervenleiden, etc.
Schnelle, sichere, schmerzlos.
Blutuntergesch. 253/12. Preis-
Teilzahlung. Sprechstunden 10
bis 11 und 6—8, Sonnt. 11—1.

Ein unentbehr. Werk für Harmonium
In mehr als 30 000 Exempl. verbr. Belles Werk seiner Art.
Prakt. Schule für Harmonium.
Universitäts-Harmoniumschule für alle Systeme. Erste Schule
für das einstufige oder Normal-Harmonium von
Hermann Protze. 18892
Dr. Knig. 214 S. R. 7.20. Vollständig. 142 S. R. 4.80.
Kunstvoll. Vorgebung von den ersten Anfängen bis zur vollen
Ausbildung. Belle Methode zum Selbstunterricht. Große
Auswahl von Übungs- und Vortragstücken.
In bezüglichen durch alle Musikalien-Handlungen und vom
Triumph-Verlag G. m. b. H.,
Berlin SW 61 Wasserloo-Ufer 19. Postkpl. 11418.

Uhren-Goldwaren
Filz & Co., Lindenstr. 100.

Zigaretten
direkt von der Fabrik
zu Originalpreisen
1000 Zig. 14 von M. 55.— an
1000 „ 10 „ „ 68.—
1000 „ 11 „ „ 60.—
Goldenes Haus
G. m. b. H.
Friedrichstr. 89.
Fernsprecher: Zentrum 7437